

Und so tritt, bildungs- und schulpolitisch gesehen, eine neue Kräftegruppe auf den Plan mit einem neuen Schulprogramm, das notwendig auf die staatliche völkisch-weltanschauliche Einheitszwangsschule hinauszielen muß. Ein neuer starker Gegner ist damit der Bekenntnisschule erwachsen. Es scheint uns bedeutsam, daß er nunmehr unableugbar klar ans Tageslicht getreten ist.

Auch die katholische Bildung will Ganzheit: Universalität, d. h. umfassenden Einbau aller Wertgruppen in das werdende Menschentum und Totalität, d. h. klare werthierarchische Ordnung zu geschlossener Form. Sie erkennt die echten Werte der nationalpolitischen Erziehung restlos an, aber sie verabsolutiert sie nicht, sondern setzt sie an die ihnen zukommende Stelle der Wertordnung. Sie begeht nicht den verhängnisvollen Fehler, aus einseitiger Verengung und um eines einfach zu überschauenden geradlinigen Systems willen, ganze Wert- und Gütergruppen zu mißachten. Wie sie von ihrer festen und umfassenden Position den Kampf aufnahm mit dem extremen Liberalismus, so wird sie ihn ebenso unentwegt führen gegen einen übersteigerten Universalismus. Sie wird sich durch nichts von ihrer klaren Linie abbringen lassen. Sie weiß, daß in der Treue zu der ihr von Vernunft und Glauben geschenkten Anthropologie und Soziologie die Garantie gegeben ist für die seinsgemäße Erhaltung und Entfaltung von Mensch und Gemeinschaft und damit für ihre wahre Vollendung, die unser aller Sehnsucht ist.

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Der zunehmende Bruch der Gegenwart mit religiösen Überlieferungen zeigt sich besonders auffallend in der thüringischen Leichenverbrennung, über die ein ortskundiger Leser dem „Neuen Reich“ (6. August 1932, S. 896) genaue Angaben schickt. Während auf die rund 37 Millionen Einwohner Preußens 41 Krematorien kommen, hat Thüringen bei nur anderthalb Millionen Einwohnern 17 Krematorien. Nach der Statistik des Bestattungswesens wurden in Jena von April bis Juni 1932 nur 24 Tote begraben, aber 168 verbrannt. In denselben Monaten des Jahres 1931 waren die entsprechenden Zahlen 31 und 207. Während der Durchschnitt der Feuerbestattung im Deutschen Reiche ungefähr 8 Prozent beträgt, beläuft er sich in Jena auf beinahe 90 Prozent.

Über die Entfremdung der nordamerikanischen Akademiker von der Religion schreibt im „Atlantic Monthly“ (September 1932, S. 316) Bernard Iddings Bell, Professor für Religionswissenschaft an der Columbia-Universität in Neuyork: „Einer der ernstesten Vorwürfe gegen die heutige amerikanische Durchschnittsuniversität ist der, daß die meisten jungen Leute, die sie durchlaufen haben, der Religion entweder feindlich oder, was häufiger vorkommt, gleichgültig gegenüberstehen. Es scheint zweifellos, daß die Tatsachen der Anklage recht geben.“ —

Wie stark auch die Katholiken von diesen Einflüssen berührt werden, sieht man aus einigen Feststellungen des letzten katholischen Erziehungskongresses in Cincinnati, die „The Catholic World“ (August 1932, S. 621) mitteilt. Obgleich die nordamerikanischen Katholiken zahlreiche Lehranstalten jeder Art von den niedrigsten bis zu den höchsten besitzen, erfassen diese Schulen nur die Hälfte der katholischen Jugend. Es gibt außer den Priesterseminarien 163 katholische Schulen akademischen Ranges, aber es gelingt ihnen bei weitem nicht, den nötigen Nachwuchs an katholischen Schriftstellern zu erzielen. Und auch die besten katholischen Zeitschriften haben nicht den Abonnentenstand, den man nach der Zahl der katholischen Akademiker erwarten müßte.

Die wenig bekannte religiöse Lage der heutigen Türkei unterscheidet sich nach den Darlegungen von Professor Jäschke in der Vierteljahrschrift „Die Eiche“ (3. Vierteljahr 1932, S. 208—212) zwar insofern von den Zuständen in der Sowjetunion, als es keine kämpferische Gottlosenbewegung gibt und die Ausübung des Islams im allgemeinen nicht gehindert wird. Aber der Islam ist „mangels positiver staatlicher Pflege zu einer Aschenbrödelstellung herabgesunken“. Der Staat „verleugnet auch den letzten Rest allislamischer Solidarität“, er will durchaus türkisch sein. Dennoch ist es zweifelhaft, ob die nationale Bewegung, die sogar aus dem Gottesdienste das Arabische immer mehr zu verdrängen sucht, den heimischen Islam neu beleben wird. Das Christentum gilt den modernen Türken als unnational. Über den Stand vom 30. Oktober 1914 hinaus werden keinerlei christliche Missionsgründungen zugelassen, und allen Schulen ist Propaganda für das Christentum unter Strafe der Schließung verboten. — Vgl. diese Zeitschrift, September 1932, S. 369 ff.

Religiöse Beeinflussung ist auch in den japanischen Schulen streng untersagt, aber im übrigen läßt Japan den Missionsanstalten wohlwollende Förderung zuteil werden. Die von deutschen Jesuiten geleitete Sophia-Universität in Tokio hat nach Überwindung ungewöhnlicher Schwierigkeiten zu Ende des Sommersemesters 1932 unter ehrender Teilnahme amtlicher und wissenschaftlicher Kreise die längst nötig gewordenen geräumigen und würdigen Neubauten einweihen können. Namentlich durch sorgfältige Anpassung an die Erfordernisse der japanischen Geistesentwicklung ist es in nun fast fünfundzwanzigjähriger Arbeit dem internationalen Lehrkörper dieser Hochschule gelungen, das Vertrauen der Unterrichtsbehörden und der akademischen Jugend zu gewinnen und dem Ansehen der mühsam fortschreitenden katholischen Mission eine Stütze zu werden.

Das Missionsärztliche Institut in Würzburg, an dessen Spitze der Salvatorianer Professor Dr. C. Becker steht, kann in seinem neunten Jahrbuch (Würzburg 1932) von starkem Andrang berichten: es „mußten mehrere Hunderte abgewiesen werden“ (20). Drei Damen und sieben Herren legten in diesem Jahre das eidliche Gelöbnis des Missionsdienstes ab. Im Institut leben 18 Studentinnen und 49 Studenten, von denen sich 12 Studentinnen und 30 Studenten noch in der mindestens drei Semester umfassenden Prüfungszeit befinden. Neben einer gründlichen

medizinischen und religiösen Durchbildung wird Beherrschung der englischen Sprache angestrebt, die ja in den meisten Missionen unentbehrlich ist. Ungefähr 20 Mitglieder des Instituts arbeiteten während des Jahres zur Erweiterung ihrer medizinischen Kenntnisse in deutschen oder ausländischen Krankenhäusern und Lehranstalten.

Auf ein halbes Jahrhundert neuer Blüte blickt der uralte Basilianerorden zurück, der mit seinem slawischen Ritus für die Missionsaufgaben der Ostkirche von besonderer Wichtigkeit ist. Als im Jahre 1882 auf Ersuchen des damaligen Archimandriten Klemens Sarnicky Papst Leo XIII. den polnischen Jesuiten die Reform des auf ein paar Klöster und einige Dutzend Mönche zusammengeschmolzenen Ordens übertrug, schloß sich zunächst nur einer dem neuen System an. Weil aber das Reformkloster allein das Recht hatte, Novizen aufzunehmen, starben die andern Klöster allmählich aus. Nach 25 Jahren war die junge Gründung so gefestigt, daß sie der Leitung durch die Jesuiten nicht mehr bedurfte, und heute umfaßt der Orden zwei Provinzen in Europa und zwei in Amerika. Seine höchste Zierde ist der greise Metropolit Andreas Szeptycky von Lemberg, der in den letzten Jahren auch für die wissenschaftliche Selbständigkeit der ruthenischen Theologie durch den Ausbau einer Geistlichen Akademie in seiner Bischofsstadt mit Erfolg eingetreten ist.

Derselbe Gedanke wissenschaftlicher Eigenständigkeit, die ehrlichen Austausch mit fremden Forschungen selbstverständlich weder ausschließen will noch entbehren kann, hat zur Errichtung je einer besondern Fakultät für Kirchengeschichte und für Missionswissenschaft an der Gregorianischen Universität in Rom geführt. Die Päpstliche Studienkongregation hat das Gründungsdekret am 7. August 1932 erlassen und gleichzeitig in einem zweiten Dekret dem Päpstlichen Bibelinstitut, das mit der Gregorianischen Universität verbunden ist, eine Fakultät für das Studium des alten Orients angegliedert. Die Studierenden der neuen Fakultäten müssen bereits Priester sein. Sie können nach zwei Jahren den Lizentiatentitel, nach einem weiteren Jahre die Doktorwürde der von ihnen gewählten Fakultät erwerben.

Die an den Fortschritten der Missionswissenschaft hervorragend beteiligte Gesellschaft vom Göttlichen Worte hat durch ihr Kolleg St. Gabriel in Mödling einen „Atlas der katholischen Missionsgeschichte“ herausgegeben, in dem P. Johannes Thaurer auf 49 Karten mit Erläuterungen und Register die an Licht und Schatten reiche Vergangenheit der Glaubensverkündigung erschließt.

Wegen der Wichtigkeit, die auch von nichtkatholischer Seite immer mehr dem Studium der Gedankenwelt des hl. Thomas von Aquino beigemessen wird, ist es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten doppelt erfreulich, daß der Verlag Marietti in Turin in neuer Auflage eine „Summa theologica“ anbietet, die geheftet nur 70 Lire kostet. Die sechs handlichen, in zwei Spalten deutlich gedruckten Oktavbände enthalten außer dem nachgeprüften Texte des Aquinaten Anmerkungen berühmter Erklärer und ausführliche Register.

Obgleich im Devaheimprozeß der Staatsanwalt durch die Fest-

stellung, „daß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden muß zwischen der Kirche und ihren Wohlfahrtsorganisationen einerseits und den in diesem Prozeß Angeklagten anderseits“, die zahlreichen Angriffe gegen die protestantischen Kirchenbehörden zurückgewiesen hat, erblickt die Zeitschrift des katholischen Caritasverbandes („Caritas“, August 1932, S. 404) mit Recht in diesem Prozeß eine auch für die katholische und überhaupt für die freie Liebestätigkeit heilsame Mahnung: „er will hinweisen auf die Wichtigkeit einer sorgfältigen Personalpolitik, auf die Selbstverständlichkeit ausreichender Kontrollen in allen finanziellen Angelegenheiten und auf die Notwendigkeit einer sachkundigen Führung der Geschäfte“.

Aus dem Jahresbericht des „Schweizerischen Katholischen Volksvereins“ (Luzern 1932, Volksvereinsverlag) sieht man, daß in allen drei Sprachgebieten, mag auch stellenweise mehr Lebendigkeit zu wünschen sein, rege gearbeitet wird. Besonders hat man den Wert des Wirkens im kleinen Kreise erkannt. Es gab Monate, in denen mehr als hundert Ortsversammlungen gehalten wurden. Die Tätigkeit umfaßt alle Verzweigungen der sozialen Gegenwartsaufgaben sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der religiösen, ethischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Seite hin. — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1932, S. 224 ff.

Über den Essener Katholikentag, der an äußerer Großartigkeit wohl alle früheren übertroffen hat, glaubt die „Frankfurter Zeitung“ (6. September 1932, Reichsausgabe) in einem Leitartikel sagen zu können: „Man hat den Eindruck, daß in katholischen Kreisen die Grundsätze heute ernster und schwerer genommen werden, als es eine geraume Zeit hindurch der Fall war.“ Und ein Berichterstatter der Londoner liberalen Wochenschrift „The Spectator“ (2. Juli 1932, S. 11) schrieb nach dem Eucharistischen Weltkongreß in Dublin: „Der Kongreß war ein organisatorischer Triumph, und wahrscheinlich hat die Christenheit seit den Kreuzzügen niemals eine gewaltigere Kundgebung religiöser Inbrunst gesehen.“ — Vgl. diese Zeitschrift, September 1932, S. 361 ff.

II.

„In dankbarem Gedenken“ widmet „den Freunden und Helfern Deutschlands in aller Welt“ das Deutsche Auslandsinstitut eine von Dr. Johannes Kreyenpoth verfaßte quellenmäßige Darstellung der „Auslandshilfe für das Deutsche Reich“ (Stuttgart 1932, Verlag Ausland und Heimat). Alle Erdteile sind an den Liebesgaben beteiligt, die schon während des Krieges begannen und in den verschiedensten Formen bis 1925 andauerten. Natürlich konnte Kreyenpoth viele Leistungen gar nicht erfassen, aber als Mindestwert (S. 132) ergeben seine ausführlichen Tabellen die Summe von rund 247 Millionen Goldmark (S. 131).

Der Ende August 1932 ausgegebene Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung glaubt eine gewisse Entspannung der Wirtschaftskrise feststellen zu können. „Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschwung hervor.“ Fast allgemein sind die Welthandelspreise höher geworden, der

Großhandelsindex ist in den Vereinigten Staaten und in England gestiegen, die Senkung des Mengenumsatzes im Welthandel hat sich kaum noch fortgesetzt, der Kapitalmarkt hat Zufluß erhalten — kurz, im ganzen bahnt sich eine Überwindung des Krisentiefs an. Auch in Deutschland vollzieht sich der Kapitalumsatz mit mehr Vertrauen, aber noch wächst die Arbeitslosigkeit, und auf dem Warenmarkt belebt sich der Absatz noch nicht.

Die Wirkung der britischen Reichskonferenz in Ottawa auf den Welthandel beurteilt man in England, besonders wenn die Frage auf längere Sicht gestellt wird, sehr verschieden. Jedenfalls hemmen die Abmachungen England auf der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz. Der deutsche Generalkonsul Dr. Crull sieht („Heimatsdienst“, 1. September 1932, S. 263) zwar auch für Deutschland Verluste voraus, glaubt aber, daß ihnen Gewinne auf den außerbritischen Märkten gegenüberstehen werden, von denen die englische Ausfuhr nun teilweise nach den Dominien abgelenkt wird. An innerer Kraft habe der gewaltige britische Wirtschaftsraum ohne Zweifel gewonnen, und die ungünstige Wirkung auf Länder mit starker Rohstoffausfuhr, also besonders auf Argentinien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland, sei offenbar.

Wie hier der engere wirtschaftliche Zusammenschluß naturgemäß den Willen zur politischen Einheit aller Gliedstaaten des britischen Reiches steigert, so hat umgekehrt das lebendige Bewußtsein staatlicher Zusammengehörigkeit die Herabsetzung der englischen Kriegsanleihezinsen von 5 auf $3\frac{1}{2}$ Prozent wesentlich erleichtert. Die Geschichte des Geldwesens kennt keine ähnliche Regelung von solchem Umfang und solchem Erfolg. Von der bei dem niedrigen englischen Bankzins allerdings nicht übermäßig lockenden Möglichkeit, sich das Kapital zurückzahlen zu lassen, machten nur wenige Gebrauch. Obgleich die englischen Steuerzahler nun jährlich 30 Millionen Pfund Zinsen weniger aufzubringen haben, sind die Einnahmen der vielen kleinen und mittleren Kriegsanleihezeichner empfindlich gekürzt. Dennoch konnte der Chronist der angesehenen Londoner Monatsschrift „Fortnightly Review“ (August 1932, S. 250) melden, daß auch „Leute, die zu leiden haben, überraschend ruhig“ blieben, was nach seiner Meinung in Frankreich, das ja denselben Versuch erst später wagte, nicht möglich gewesen wäre. Mag man immerhin an Temperamentunterschiede zwischen den beiden Völkern denken: das englische Beispiel behält für alle Länder seine belehrende und werbende Kraft. — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1932, S. 233 ff.

Von noch festerer Grundlage, als es eine lebendige Staatsgesinnung ist, von einer durch die Stürme von nahezu zwei Jahrtausenden erprobten Weltanschauung aus hat die katholische Soziale Woche in Lille Richtlinien zur Gesundung der Wirtschaft erarbeitet, die in den „Dossiers de l'Action Populaire“ (15. August 1932, S. 1661—1664) veröffentlicht werden. Der Kapitalismus ist nicht als System verwerflich, aber sein leitender Gedanke — Privatgewinn durch freien Wettbewerb — ist übersteigert worden. Der Kapitalismus wird notwendig zu Krisen führen, wenn er nicht freies Gewinnstreben mit freier Selbstbeherrschung zu verbinden und dadurch das Gleichgewicht zwischen Produktion und Kauf-

kraft zu sichern bemüht ist. Dieses Gleichgewicht kann der Sozialismus nicht aufrecht erhalten, weil er eine so weitgehende Unterdrückung des Gewinnstrebens verlangt, daß sie der freien Persönlichkeit auf die Dauer unerträglich wird. Planwirtschaft kann segensreich sein, wenn der Staat sich darauf beschränkt, gesetzmäßig eine berufsständische Wirtschaftsordnung zu begründen, die dem persönlichen Unternehmungsgeist innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls Spielraum läßt. Die Volkswirtschaft darf sich weder gegen fremde Volkswirtschaften abschließen noch zu Gunsten der Weltwirtschaft aufgeben. In der gesamten Wirtschaft aber müssen Gerechtigkeit und Nächstenliebe den Vorrang haben. — Vgl. diese Zeitschrift, August 1932, S. 289 ff.

III.

Durch die Amtsführung des deutschen „Präsidialkabinetts“ und durch die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen sind immer schärfer zwei Staatsauffassungen einander gegenübergetreten: auf der einen Seite betont man konservative Gesinnung, Autorität, Macht, auf der andern demokratische Gesinnung, Freiheit, Wohlfahrt. Die konservative Gesinnung leitet Reichskanzler von Papen in seinem in der Monatsschrift „Volk und Reich“ (September 1932, S. 585—589) veröffentlichten Aufsatz aus der „ehrfürchtigen Anerkennung der göttlichen Weltordnung“ ab. Nach dem Rundschreiben Leos XIII. „Diuturnum illud“ (29. Juni 1881) besteht aber gar kein Zweifel, daß auch die demokratische Gesinnung in der göttlichen Weltordnung Platz hat, und schon Thomas von Aquin (S. th. 1, 2, q. 105, a. 1) hat als wesentliche Bedingung eines guten Staates die demokratische Forderung erhoben, „daß alle irgend einen Anteil an der Regierung haben“. Im Sinne der katholischen Überlieferung ist die staatsbürgerliche Freiheit der Mitregierung nicht minder zu betonen als die Autorität der Regierung, und nicht die Macht steht im Mittelpunkt der Staatsphilosophie, sondern das Gemeinwohl. Es war also nicht rein zufällig, daß gerade ein katholischer Theologe, der Bonner Professor Albert Lauscher, im Preußischen Landtag am 30. August 1932 den Gegensatz zwischen der Machtanwendung des „Ersatzkabinetts“ in Preußen und der „Unsicherheit ihrer Rechtsbasis“ hervorhob und dann eine demokratische Staatsführung mit den entschiedenen Worten forderte: „Das deutsche Volk wird sich auf die Dauer seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen lassen.“

Mit der zu starren Blickrichtung der Staatsphilosophie auf die Macht hängt naturgemäß eine für den Weltfrieden gefährliche Übertreibung des Wehrgedankens zusammen. Seine Pflege, behauptet man, sei der gegebene und unerläßliche Ausdruck jugendlicher Kraft und Sehnsucht. Wie stark sich aber auch die heutige Jugend für eine nicht soldatenähnliche Ertüchtigung begeistern kann, zeigt der Bericht, den Sir Frederick Whytte vom Sokolkongreß in Prag gibt („Spectator“, 9. Juli 1932, S. 42). Diese im Jahre 1862 gegründete tschechische Turnerschaft zählt heute achthunderttausend männliche und weibliche Mitglieder, und mit ihren gymnastischen und sportlichen, ihren dramatischen und musikalischen Veranstaltungen hat sie die körperliche und geistige Kraft des

ganzen Volkes zu heben und national zu lenken verstanden. Und ebenso unmilitärisch ist das „Grundgesetz des Katholischen Jungmännerverbandes“ (Düsseldorf 1932, Jugendführungsverlag). Es verpflichtet mehr als vierhunderttausend Jugendliche mit keinem Wort auf Wehr und Waffen, wohl aber zur „Erneuerung und Gestaltung deutschen Volkstums und deutschen Staates“ durch Arbeit und Gebet (59 71 78). Es spricht nicht vom Krieg, aber vom Völkerfrieden (20). Es verurteilt den Radikalismus, ruft aber zu körperlicher und geistiger Stählung für die höchsten ethischen Ziele auf (58 86 101). Bemerkenswerterweise setzt der deutsche Reichspräsident in seinem Erlaß über ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung nicht die Wehrfähigkeit — von der allerdings in den Richtlinien des Reichsinnenministers doch wieder gesprochen wird — als Ziel, sondern „die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit“.

Echte Gedanken werden in politisch unruhigen Zeiten allzu leicht unter tönenden Worten erstickt, und insofern verdienen besonders einige Sätze aus der Kritik des Nationalsozialismus beachtet zu werden, die der württembergische Staatsminister Dr. Josef Beyerle in der „Schöneren Zukunft“ (10. Juli 1932, S. 954) gibt. „Der Nationalsozialismus“, schreibt er, „verdankt sein beispielloses Anwachsen nicht einer Tat, sondern dem Wort ... einer mit allen Mitteln arbeitenden Propaganda. Dieser Propaganda Erfolgsbringer ist nicht eine hinreißende Idee, die gleichmäßig die Millionen erfaßt und begeistert, sondern weithin — die Not... Die Not macht sie aufnahmebereit für schärfste Kritik an der Politik in Vergangenheit und Gegenwart, macht sie hoffnungsgläubig gegenüber den Versprechungen für die Zukunft...“ Sie „werden sich nicht bewußt, daß viele unter ihnen Gegensätzliches erhoffen... Gewiß sind Hunderttausende von edelstem Streben nach dem Gemeinwohl erfüllt, aber ebensoviele sehen nicht über den Zaun ihres Interessenkreises hinaus... Und viele derer, die ohne tragende Idee, lediglich aus der Hoffnung auf rasche Besserung ihrer Lage, dem Führer gefolgt sind, werden sich verbittert abwenden, ...ins andere radikale Lager ziehen und ... den Kommunismus vermehren“. — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1932, S. 217 ff.

Weil die rücksichtslose nationale Verhetzung sich besonders gegen die Juden richtet, ist es begreiflich, daß eine von amerikanischen Zionisten im August 1932 nach Genf einberufene Jüdische Weltkonferenz die Organisation des Schutzes der wirtschaftlichen und staatlichen Rechte namentlich der deutschen Judenheit durch die Judenheit der Welt beschlossen hat. Freilich sagt die „Frankfurter Zeitung“ (23. August 1932, Reichsausgabe), die Konferenz habe keinen amtlichen Charakter gehabt, und fast alle Gemeinden und großen Organisationen seien ihr fern geblieben. Aber jeder weiß, daß auch ohne amtlichen Zusammenschluß die internationale Judenschaft zur Verteidigung ihrer Rechte imstande ist. Daß sie überhaupt Veranlassung hat, sich darauf vorzubereiten, ist für die Nichtjuden keine Ehre.

Infolge maßloser Überspannung des nationalen Eigennutzes ist auch der

alte Grundsatz der christlichen Völkerrechtslehre vergessen worden, daß ein Staat sogar seinen rechtmäßigen Vorteil nicht ohne Rücksicht auf den Schaden der Völkergemeinschaft verfolgen darf (vgl. z. B. Vitoria, *Relectio de potestate civili*, n. 13). So konnte es geschehen, daß die Abgeordneten fast aller Regierungen der Welt mit einem Aufwand von vielen Millionen Franken sechs Monate lang in Genf tagten, ohne die Abrüstungsfrage einen wesentlichen Schritt dem Friedensziele näher zu bringen, nach dem die Völker sich sehnen. Immerhin hat man sich von diesem Ziele auch nicht wesentlich weiter entfernt, nicht einmal durch die einstweilige Zurückweisung der von Deutschland in Lausanne erhobenen Forderung gleichen Rechtes auf dem Gebiete der Wehrfreiheit. Da Deutschland nach den Abmachungen von Lausanne anstatt der bisherigen Kriegszahlungen von jährlich zwei Milliarden Mark jährlich höchstens 400 Millionen zu zahlen haben wird, so ist anzunehmen, daß sich aus dieser fühlbaren Entlastung der Weltwirtschaft auch eine gewisse Entspannung der Weltpolitik ergeben wird. — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1932, S. 239 ff.

Freilich läßt sich die politische Entwicklung heute noch weniger voraussehen als früher, weil die politischen Entschliefungen heute von viel zahlreicheren und viel rascher wechselnden Ursachen abhängen, und weil infolge der geistigen Zersplitterung gemeinsame Anschauungen, die das Handeln auf längere Zeit bestimmen, immer seltener werden. Wenn aber in der Jahresversammlung des „Royal Central Asian Society“ ein Asienkenner wie Oberleutnant Sir Arnold Wilson sich über die Entwicklung Chinas und Rußlands äußert, wird man gern zuhören. Über China sagte er („Journal of Central Asian Society“, Juli 1932, S. 390f.): „Es ist unwahrscheinlich, daß um 1950 irgend etwas Entscheidendes zur Wiederherstellung der politischen Ruhe in China getan sein wird.“ China werde dann in mehrere Staaten nach dem Vorbilde der Mandschurei aufgeteilt sein. Die Mandschurei werde sich glücklich entwickelt haben. „Japaner und Chinesen werden einander nicht freundlicher gegenüberstehen als heute, aber weder die einen noch die andern werden freundliche Gefühle für die Vereinigten Staaten von Nordamerika oder für Europa haben.“ Das Vorgehen des Völkerbundes in den asiatischen Angelegenheiten werde dann als unzulänglich, als schädlich für Asien und als gefährlich für den Frieden der Welt erkannt sein.

In demselben Vortrag stehen (S. 397) über Rußland die Sätze: „Die Bewohner der russischen Sowjetunion werden um 1945 ungefähr auf ebenso gute Belieferung mit Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Vergnügen rechnen können wie die Bewohner Deutschlands um — sagen wir 1931. Das verhältnismäßige Wohlleben wird Unzufriedenheit hervorbringen: die strengen Vorschriften, die erträglich waren, solange es an den einfachsten Dingen fehlte, werden in guten Zeiten unerträglich scheinen.“ — Vgl. diese Zeitschrift, August 1932, S. 299 ff., September 1932, S. 390 ff.

Daß Rußland trotz seiner in letzter Zeit stark angewachsenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten an der Revolutionierung Südamerikas

arbeite, wird von Kennern der Verhältnisse immer wieder behauptet. Allerdings macht eine in der argentinischen Monatsschrift „Estudios“ (August 1932, S. 100—104) erschienene Übersicht auch andere Ursachen der so häufigen Unruhen geltend: die von altersher unglückliche Festsetzung der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay, den natürlichen Gegensatz zwischen den reicheren Staaten Brasiliens, die ihren Vorteil in der Dezentralisation sehen, und den weniger reichen, denen die Stärkung der brasilianischen Bundeseinheit Nutzen bringt, dann die drückende Verschuldung Perus ans Ausland und endlich die einander widerstreitenden Interessen der nordamerikanischen und englischen Kapitalisten.

Wie mit Südamerika und allen andern Teilen der Welt Deutschland wirtschaftlich, politisch und geistig seit Jahrhunderten verflochten ist, will das von den Kieler Professoren Petersen und Scheel mit rund acht-hundert Mitarbeitern vorbereitete „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums“ darstellen, das der Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau übernommen hat. Das Werk soll fünf Bände mit zusammen ungefähr dreitausend Seiten umfassen, zahlreiche Karten und Zeichnungen aller Art enthalten und reiche Literaturangaben bringen.

Der wissenschaftlichen Arbeit in Deutschland und Österreich schafft große Erleichterung der „Gesamtkatalog der preußischen Bibliotheken“, der nach dreißigjähriger Arbeit zu erscheinen begonnen hat (Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft in Berlin). In ungefähr 150 Foliobänden werden mit Ausnahme der orientalischen Texte und einiger anderer Klassen von Schriften die Bestände von 16 preußischen Bibliotheken bis zum Schlusse des Jahres 1929 in alphabetischer Ordnung aufgeführt. Neben dem Nachweis der preußischen Bibliotheken, die das gesuchte Buch besitzen, wird jedesmal bemerkt, ob es sich in der Münchener Staatsbibliothek oder in der Wiener Nationalbibliothek befindet. Um privaten Benutzern den Erwerb der ihnen besonders wichtigen Teile möglich zu machen, sollen in geeigneten Fällen Sonderabdrucke verkäuflich sein. Über die Werke des hl. Albert des Großen liegt bereits ein Sonderheft von 38 Foliospalten vor. — Vgl. diese Zeitschrift, August 1932, S. 309 ff.

IV.

Professor Dr. Eugen Schlesinger teilt in der wissenschaftlich-technischen Wochenschrift „Die Umschau“ (2. Juli 1932, S. 521—523) mit, er habe seit einigen Jahren gegen 1500 gesunde Schulkinder im Alter von 10 bis 14 Jahren systematisch untersucht, um die Erfolge der Ferien festzustellen. Die Ergebnisse hätten gezeigt, daß vollständige, aber zweckmäßig geregelte Abweichung von der zu Hause üblichen Lebensweise durch Aufenthalt in einem Landheim oder einem Zeltlager weit mehr erholt als planloses Spielen, Lesen, Ruhen, Spazierengehen oder eine teure Reise mit der Familie in eine „gemütliche“ Sommerfrische.

Körperliche und geistige Erholung im höchsten Sinne soll ja auch das Ziel des nicht beruflichen Sportes sein. Unter diesem Gesichtspunkt ist die kostspielige Beteiligung Deutschlands an den Olympischen Spie-

len in Los Angeles, besonders nach den Mißerfolgen der deutschen Kämpfer, viel bemängelt worden. Zu den Kritikern gehört auch der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ (Nr. 420, 4. September 1932). Er gibt aber zu, daß die große Linie des deutschen Sportes aufwärts geht, und daß jedes Volk, dem der Sport lebenswichtig ist, mit psychologischer Notwendigkeit nach Höchstleistungen strebt: „denn nur durch Rekorde erhält die breite Masse der Sportler neue Impulse“. Daß übrigens der deutsche Aufwand nicht ganz so übermäßig war, geht aus der Erklärung des Staatssekretärs Lewald, des Präsidenten des Deutschen Olympischen Ausschusses, hervor („Heimatsdienst“, 2. Juliheft 1932, S. 218 f.): Deutschland hat unter allen Staaten im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die wenigsten Sportler entsandt, die Reise wurde in der billigen Touristenklasse gemacht, und die Geldspenden stammten größtenteils nicht von der Regierung, sondern von den Sportverbänden und der Wirtschaft.

Das Zeitalter der Eisenbahnen ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ in einem eigenen Wirtschaftsheft (24. Juli 1932) und am gleichen Tage in ihrem Handelsblatt darlegt, zwar noch lange nicht vorüber, aber „in den hochkapitalistischen Ländern“ ist „bestenfalls eine Stagnation, wahrscheinlich sogar ein Rückgang zu erwarten“. Das liegt nicht bloß an der Entwicklung des Kraftwagens und des Flugzeuges, sondern auch an dem Übergang von der Versendung schwerer Kraftstoffe zur Fernversorgung mit Öl, Gas und Elektrizität. Eisenbahnen für den Nahverkehr werden mehr und mehr unwirtschaftlich, und in Nordamerika sind sie aus diesem Grunde schon zu Hunderten stillgelegt worden.

Auf eine ebenso große technische Umwälzung des gesamten Kriegswesens weist in der Brüsseler politischen Zweimonatschrift „Res Publica“ (August 1932, S. 436—445) ein ungenannter italienischer Offizier hin. Er beruft sich auf die Studien des italienischen Generals Douhet, der nach den Erfahrungen der Entscheidungsschlacht an der Piave (15.—24. Juni 1918) eine in militärischen Kreisen sehr beachtete Flugkampfftheorie entworfen hat. Danach wird in einem künftigen Kriege der siegen, der die Luft beherrscht, denn wer sich in der Luft behauptet, kann die lebenswichtigen Anlagen des feindlichen Landes unbrauchbar machen. Gegen Heere von Luftkämpfern gibt es aber keine andere wirksame Verteidigung als den überlegenen Luftangriff, und der wird nur dann voll gelingen, wenn er den Feind überrascht. Also verschwinden praktisch alle Unterschiede zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg. Zugleich ist damit der unwirtschaftliche Stellungskrieg überflüssig geworden. — Der Verfasser des Aufsatzes schließt daraus, daß ohne Abschaffung der Luftwaffe an eine Abschaffung des Krieges kaum zu denken ist.

Die technischen Fachausdrücke gibt deutsch, englisch und französisch der leider sehr teure, 767 Seiten umfassende Quartband „Technological Dictionary of the Terms used in Crafts and Industries“ von Hoyer-Kreuter. Die 6. Auflage ist neu durchgesehen (Berlin 1932, Springer). — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1932, S. 248 ff., August 1932, S. 318 ff.